

MEIN STANDPUNKT

Klare Position fehlt

Standpunkt des FBP-Abgeordneten Elmar Kindle zum Mobilfunk



«Das zuständige Regierungsressort unter der Leitung von Regierungsrätin Renate Müssner macht es sich zu einfach»: Elmar Kindle, Landtagsabgeordneter der FBP.

SCHAAN – Der Landtag wird sich diese Woche mit dem «Fortschrittsbericht 2009» im Bereich Mobilfunk befassen. Für die Regierung gibt es zwei Möglichkeiten: Am bestehenden Gesetz festhalten oder die Grenzwerte an die Schweiz anpassen. Das ist zu wenig. Die Regierung muss hier klar Position beziehen.

Kürzlich kam eine Meldung über die Medien, dass oberhalb von Wildhaus ein Mann bei einer Bergwanderung ein paar Meter in ein Loch abgestürzt sei. Er habe sich nicht selbst befreit, aber mit dem Handy die Rettungsflugwacht alarmieren können. Bis zum Eintreffen der Rega kam kein Mensch an diese Absturzstelle, und es darf vermutet werden, dass dieser Mann – wenn überhaupt – erst lange Zeit später gefunden worden wäre.

Massiver Feldzug des VGM

Diese Geschichte zeigt, dass es bei den Diskussionen um die Mobilfunkstrahlen um eine Güterabwägung geht. Es geht um die Rettung von Menschenleben, um den Schutz vor gesundheitsschädlichen Strahlungen, aber auch um technischen Fortschritt und um wirtschaftliche Sachzwänge in unserer mobilen Gesellschaft.

Der Landtag hat im letzten Jahr den Grenzwert für Mobilfunkstrahlungen um das Zehnfache gegenüber dem jetzigen Stand in der Schweiz und Liechtenstein herabgesetzt. Bis 2013 muss nach dieser gesetzlichen Bestimmung die Senkung des Grenzwertes vollzogen sein. Der Verein für gesundheitsverträglichen Mobilfunk (VGM) führt einen massiven Feldzug gegen den geltenden Grenzwert und noch mehr gegen die im Raum stehende Korrektur zur Anpassung des Grenzwerts an die schweizerischen Verhältnisse. Demgegenüber kündigen die Mobilfunk-Anbieter den Rückzug aus Liechtenstein an, wenn der gesetzlich fixierte Grenzwert im Jahr 2013 tatsächlich in Kraft treten würde.

Ohne Zweifel müssen die Sorgen um die Gesundheit der Menschen aufgrund der Mobilfunkstrahlungen

ernst genommen werden. Es gilt aber auch, Vorsicht walten zu lassen, wenn vom VGM Mitteilungen veröffentlicht werden, die den Anschein erwecken, als ob bald alle Erkrankungen und Todesursachen der Menschen auf den Mobilfunk zurückzuführen seien. Die Todesursachen der Verstorbenen wurden früher jeweils im Rechenschaftsbericht der Regierung veröffentlicht, sodass es eigentlich einfach sein müsste, diese Statistik wieder zu veröffentlichen – ergänzt um eine Rubrik, die mit Mobilfunkstrahlungen zu tun hat.

Handlungsbedarf besteht

Auf der anderen Seite stehen die Mobilfunk-Betreiber, die offenbar nicht in der Lage sind, nach der Umsetzung der reduzierten Grenzwerte das heutige Mobilnetz weiter aufrechtzuerhalten. Die Mobilfunk-Anbieter haben in ihren Stellungnahmen erklärt, dass sie sich nach 2013 aus Liechtenstein zurückziehen würden. Je nach Position kann man diese Mitteilung unterschiedlich auffassen: Die einen empfinden sie als Drohung, die anderen

als frühzeitige Ankündigung. Angesichts dieser kontroversen Auseinandersetzung besteht Handlungsbedarf. Der Landtag vertritt mehrheitlich die Ansicht, dass der technische Fortschritt bis 2013 eine Senkung des Grenzwerts erlaube. Die Mobilfunk-Anbieter sind anderer Meinung und weisen darauf hin, dass in den nächsten Jahren noch viel mehr an Daten über Mobilfunk übertragen würden. Die Wirtschaftskammer Liechtenstein hat dem Landtag in einer Stellungnahme ihre Bedenken mitgeteilt und darauf hingewiesen, die Wirtschaft sei aus Gründen wie Erreichbarkeit, Sicherheit und Logistik auf den Mobilfunk angewiesen. Viele Unternehmer wären nach Ansicht der Wirtschaftskammer ohne diese Technologie nicht mehr wettbewerbsfähig: «Wir brauchen in Liechtenstein nicht eine notdürftige Minimalabdeckung, sondern eine optimale und zuverlässige Mobilfunkversorgung zu gesundheitsverträglichen Bedingungen, welche durch die bestehenden Grenzwerte ja nach heutigem Wissensstand garantiert sind.» Es stellen sich ver-

schiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Mobilfunk:

- Kann sich Liechtenstein leisten, eine Mobilfunk-Insel in Europa zu werden mit deutlich tieferen Grenzwerten als die anderen Länder?

- Können wir es uns leisten, dass bei einem Rückzug der Anbieter sogenannte «Funklöcher» entstehen, sodass die bestehende Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist?

- Kann die liechtensteinische Wirtschaft ohne neue Technologien auskommen, die von den Mobilfunk-Anbietern in den nächsten Jahren eingesetzt werden?

Für mich besteht dringender Handlungsbedarf. Das zuständige Regierungsressort unter der Leitung von Regierungsrätin Renate Müssner macht es sich zu einfach. Anstatt Abklärungen zu treffen und an einem «runden Tisch» die gegensätzlichen Standpunkte über die Gefahren des Mobilfunks zu diskutieren, wird vorgeschlagen, eine politische Entscheidung zu treffen. Ist das Führungsverantwortung wahrgenommen?

Elmar Kindle,
FBP-Landtagsabgeordneter

Heute Sitzung des Verwaltungsgerichtshofes

VADUZ – Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) tagt am 26. Mai in nicht öffentlicher Sitzung zu:

- VGH 2009/22 wegen Erbanfallsteuer
- VGH 2009/13 wegen Familiennachzug
- VGH 2008/75 wegen Akteneinsicht
- VGH 2009/14 wegen Aufenthaltsbewilligung
- VGH 2009/23 wegen Vermögens- und Erwerbssteuer
- VGH 2009/8 wegen Arbeitslosentaggeld
- VGH 2009/12 wegen Disziplinaranzeige
- VGH 2009/15 wegen Mehrwertsteuer
- VGH 2008/117 wegen Amtshilfe
- VGH 2009/17 wegen Lohnverwaltung

(paf1)

FBP-TERMIN

Vortrag: «Öffentliches Bauen in Liechtenstein»

ESCHEN – Wir, die Senioren in der FBP, freuen uns, alle interessierten Frauen und Männer zum Vortrag von Peter Mündle, dem Leiter des Hochbauamtes, einzuladen. Er spricht zum Thema «Öffentliches Bauen in Liechtenstein». Bei diesem umfassenden Thema geht es um aktuelle und zukünftige Bauvorhaben, um Visionen im öffentlichen Bauwesen sowie um die Ausgestaltung des neuen Baugesetzes, um nur einige wesentliche Aspekte zu nennen. Die Veranstaltung findet morgen Mittwoch, den 27. Mai, um 15 Uhr im Mehrzweckgebäude (Feuerwehrhaus) der Gemeinde Eschen gegenüber der Presta statt. Dort befindet sich auch eine Bushaltestelle. Vorstand der Senioren in der FBP



POLIZEIMELDUNGEN

Fahrradfahrer verletzt

GAMPRIN-BENDERN – Bei einer Kollision in Gamprin-Bendern zog sich am Sonntag ein Radfahrer Verletzungen zu. Aufgrund mangelnder Aufmerksamkeit kam es kurz vor 16.30 Uhr zu einem Zusammenstoss zwischen einem Personenwagenlenker und einem Radfahrer, welcher durch die Wucht des Aufpralles gegen die Windschutzscheibe des Wagens und schliesslich auf die Fahrbahn prallte. Wie die Landespolizei am Montag weiter meldete, zog er sich dabei Verletzungen unbestimmten Grades zu und musste ins Spital gebracht werden. (red/lpfl)

32-jähriger Einbrecher gefasst

GAMPRIN-BENDERN – In Gamprin-Bendern wurde am Samstag in eine Wohnung eingebrochen. Durch Ermittlungen der Landespolizei konnte kurze Zeit später ein 32-jähriger Tatverdächtiger identifiziert und festgenommen werden. Weitere Abklärungen laufen, der Mann wird bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. (red/lpfl)

Randalierer treiben ihr Unwesen

ESCHEN-NENDELN/SCHAAN – Seit Donnerstag wurden mehrere Sachbeschädigungen, teils durch Unbekannte, getätigt. So verunstaltete ein Jugendlicher in der Nacht auf Donnerstag den Postplatz in Nendeln durch das Herumwerfen mehrerer Pflanzen. Bei einer Bushaltestelle in der Zollstrasse in Schaan wurde eine Verglasung durch eine unbekannte Täterschaft eingeschlagen und in Eschen wurden zwei Fensterscheiben des alten Kindergartens ebenfalls durch eine unbekannte Täterschaft beschädigt, teilte die Landespolizei am Montag mit. (red/lpfl)

Verunsichernd und diskriminierend

Diskussion zum neuen Ausländergesetz

BUCHS – Ein knappes halbes Jahr nach seiner Einführung stösst das neue liechtensteinische Ausländergesetz bei Praktikern zum Teil auf heftige Kritik. Das wurde gestern Abend bei einer Podiumsdiskussion am bzb Buchs deutlich.

• Johannes Mattivi

Wie entwickelt sich das Thema Integration in Liechtenstein im Vergleich zur Schweiz? Mit dieser Fragestellung lud die Arbeitsgemeinschaft Interkulturelle Mediator/-innen Werdenberg drei Experten der liechtensteinischen Situation aufs Podium am bzb. Der liechtensteinische Integrationsbeauftragte René Meier, Ruhie Eris, Migrantin und Leiterin einer türkischen Frauengruppe, sowie Dunja Hoch, Präsidentin des Vereins für Interkulturelle Bildung, berichteten über die ersten

praktischen Erfahrungen mit dem neuen liechtensteinischen Ausländergesetz, bevor die Anwesenden zur Diskussion eingeladen waren.

Zwei Klassen von Ausländern

René Meier vom Ausländer- und Passamt stellte fest, dass das neue Gesetz überraschend gut akzeptiert werde, vor allem unter jüngeren Ausländern. Dass sich ältere Ausländer, die zum Teil schon jahrzehntelang in Liechtenstein leben und nun auf einmal in Deutsch- und Staatsbürgerkursen die Schulbank drücken müssen, mit den neuen Anforderungen schwer tun, hat allerdings auch er bemerkt.

Deutlichere Kritik fand Ruhie Eris. 1984 kam die in Berlin aufgewachsene Türkin durch Heirat mit einem in Liechtenstein lebenden und arbeitenden Türken ins Land und erlebte nachfolgend den Spiess-



Ruhie Eris (türkische Frauengruppe), Dunja Hoch (Verein für interkulturelle Bildung) und Integrationsbeauftragter René Meier am Podium (v.l.).

rutenlauf durch die damaligen Aufenthalts- und Einbürgerungsreglemente. Aktiv wurde Eris in einem von ihr vor neun Jahren gegründeten türkischen Frauenverein. Wie das neue Gesetz in der türkischen Gemeinschaft ankommt? «Viele finden es einfach diskriminierend, vor allem weil es nur für eine kleine Zahl von Drittstaatsangehörigen gilt», berichtete Eris. Deutschkurse sollte es für alle Ausländer geben,

im Bereich Staatsbürgerkunde werde zum Teil Unsinniges verlangt, und dass man nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit seinen Aufenthalt verlieren könne, sei in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bedrohlich. Ähnliche Probleme sah auch Dunja Hoch. Vor allem Sorge das neue Ausländergesetz für Verunsicherung. «Wir werden derzeit von Anfragen seitens ausländischer Mitbürger regelrecht überrannt.»